



Die maritimen Sicherheitsstrategien der EU und der NATO – Ein Vergleich

Lutz Feldt

Mai 2015

Zusammenfassung

Die Maritimen Strategien der NATO und der EU gehen von gleichen politischen Zielen aus. Die theoretische Befassung mit ihnen führt zügig zu der Feststellung der Gemeinsamkeiten. In der öffentlichen Wahrnehmung, aus dem Selbstverständnis mancher Mitgliedstaaten und in Anbetracht unterschiedlicher Erfahrung in der Durchführung von Operationen, bestimmen die Unterschiede die Einschätzungen. Die NATO wird als Militärbündnis gesehen, die sicherheitspolitische Rolle kaum erkannt. Die EU wird als wenig bis gar nicht erfahren in der Durchführung von militärischen Operationen eingeschätzt. Der Erweiterungsprozess der 90er-Jahre basierte auf sich ergänzender Prinzipien und hat die Sicherheit erhöht. Die EU hat die Voraussetzung für maritime zivil-militärische Operationen geschaffen, die NATO öffnet sich diesen Herausforderungen. Beide ergänzen sich sinnvoll. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit ist politisch zu fördern und zu fordern.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Der Vergleich beider maritimer Strategien soll von zunächst zwei unterschiedlichen Ansätzen ausgehen: In einem Ansatz soll die politische und militärische Zielsetzung betrachtet werden, die beiden Strategien zugrunde liegt, und es soll dargelegt werden, ob und wo beide Strategien im Widerspruch zueinander stehen oder sich sinnvoll ergänzen. Dies soll politisch bewertet werden. Dieser Vergleich erfolgt im Hauptteil. Daran anschließend werden die Strukturen betrachtet, die sich aus den Strategien ableiten.

In einem weiteren Abschnitt sollen exemplarisch einige zivile und militärische Operationen betrachtet werden, die von EU und NATO geführt wurden oder noch geführt werden.

Abschließend möchte ich kurz auf die von den USA geführten Combined Maritime Forces, CMF, eingehen.

Einführung

Strategien können aus verschiedenen Gründen erarbeitet werden. In jedem Fall setzen sie einen Denkprozess in Gang, dessen Auswirkungen weit über den eigentlichen Zweck hinausgehen können. So betrachtet, stellt die Absicht, eine Maritime Strategie zu erarbeiten, schon einen Wert an sich dar. Ist die Strategie dann beschlossen, kann sie weitere Prozesse in Gang setzen: die ihrer Umsetzung in die Praxis, also die Antwort auf die Fragen, welche operativen und taktischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Und daraus ergeben sich Folgerungen für bestimmte Fähigkeiten. Unerlässlich ist dabei ein Vergleich der vorhandenen Fähigkeiten mit den aus der Strategie abgeleiteten benötigten Fähigkeiten.

Bei der Erarbeitung von Strategien für den maritimen Raum ist zu beachten, dass sich seine Sicherheit durch eine hohe Komplexität auszeichnet. Der maritime Raum entwickelt sich seit Mitte der neunziger Jahre dynamisch und in zunehmendem Maße auch unvorhersehbar. Eine maritime Strategie muss diesen Aspekten Rechnung tragen.

Der Vergleich

In beiden Strategien werden die Sicherheit des freien Handels, seiner Transportwege, die Energieversorgung, der Schutz der Meeresressourcen, der maritimen Infrastruktur wie Pipelines, Öl- und Gas-Plattformen und Telekommunikationskabel sowie der Schutz der Ozeane als Zielsetzungen genannt. Sehr ausführlich wird in beiden Strategien die weite Spannbreite der Aufgaben beschrieben, die über die Fähigkeiten und Zuständigkeiten der Marinen hinausreichen. Dies führt zu unterschiedlichen Lösungen auf der operativen Ebene der Einsätze: Die EU hat ein eigenes politisches Mandat, kann Verträge abschließen und dadurch militärische Operationen mit zivilen ergänzen, oder umgekehrt. Dies alles kann die NATO nicht in gleichem Maße.

Gemeinsam verdeutlichen beide, warum eine maritime Strategie anders angelegt sein muss als jede andere Strategie: Der maritime Raum bildet eine Einheit, die nicht, wie an Land, durch Grenzen gekennzeichnet ist und von diesen unterbrochen wird.

Neu ist, dass es in beiden Strategien eine Übereinstimmung darüber gibt, dass viele der Aufgaben nicht ohne die Zusammenarbeit der militärischen und zivilen maritimen Dienste zu lösen sind. Die Umsetzung dieser Erkenntnis ist in der EU weiter entwickelt als in der NATO. Hinzu kommt ebenfalls ein Bekenntnis zur multinationalen Zusammenarbeit; dies stellt eine weitere wichtige Übereinstimmung in beiden Strategien dar.



Daraus folgert, dass jede nationale maritime Strategie der jeweiligen Mitgliedsstaaten dies berücksichtigen muss. Dies ist ebenfalls von hoher Bedeutung, weil sich damit – zumindest im theoretischen Anspruch – die nationalen Interessen der gemeinsamen Strategie unterordnen. Dies stellt einen wichtigen Schritt zur Vertiefung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Sie darf nicht allein aus der militärischen Sicht entwickelt werden.

Beiden gemein ist, dass die Strategien jeweils eine interne, auf die Sicherheit im Bündnis und in der Union bezogene Verantwortung beschreiben, aber beide auch die Verantwortung für den globalen maritimen Raum sehen. Beide setzen hier auf multinationale Kooperation. Beide verbinden somit konsequent Aufgaben der Inneren und Äußeren Sicherheit.

EU und NATO entwickeln ihre Strategien und vor allem die Umsetzung weiter. Auch wenn beide, EU und NATO, hierzu durchaus unterschiedliche Sichtweisen und Ansatzpunkte haben und auch verschiedenen Zwecken dienen, so sehen doch beide eine gemeinsame Verantwortung und unterstreichen, ihre Beziehungen in allen Fragen der Maritimen Räume zu stärken. Hierauf wird am Ende zurückzukommen sein.

Was ist zu berücksichtigen?

Wenn wir NATO und EU betrachten, ist es notwendig, einige Fakten in Erinnerung zu rufen. Beide, EU und NATO, haben eine sehr große Übereinstimmung was ihre Mitglieder und ihren Verantwortungsbereich angeht. Die USA und Kanada gehören nicht der EU an, genau wie Norwegen, die Türkei und Island.

Der NATO gehören aus dem Kreis der EU-Mitglieder nicht an: Österreich, Schweden und Finnland. Aber Schweden und Finnland arbeiten mit der NATO in sehr vielen Bereichen der maritimen Sicherheitspolitik zusammen. Diese Zusammenarbeit hat sich seit dem kriegerischen Vorgehen der Russischen Föderation gegen die Ukraine deutlich verstärkt. Die Diskussion eines Beitritts wird wieder geführt. Wie sie auch immer ausgeht: Die NATO hat an Zustimmung gewonnen.

Das von der NATO seit Beginn der neunziger Jahre initiierte Programm „Partnership for Peace“ ist ein Konzept, das darauf abzielt, das Interesse an der Zusammenarbeit der Marinen auch mit jenen Staaten auszubauen und zu fördern, die nicht Mitglieder der NATO waren und auch nicht werden wollen. Schweden und Finnland sind zwei prominente Beispiele dafür; sie haben seit langem ihre Ausbildung und ihre taktischen Übungen an den Standards der NATO ausgerichtet. Die Staaten, die dieses Programm zur Reformierung ihres Militärs genutzt haben, sind dann in den Jahren seit 1999 Mitglieder der NATO geworden.

Die internen Diskussionen zur Aufnahme neuer Staaten fanden immer unter Abwägung der beiden Aspekte Vertiefung oder Erweiterung statt. Dabei haben am Ende sicherheitspolitische Gesichtspunkte eine wichtigere Rolle gespielt als die jeweils vorhandenen militärischen Fähigkeiten. Erweiterung hatte Vorrang vor Vertiefung der Fähigkeiten.

Die Prinzipien der Vorbereitung zur Aufnahme in die NATO sind denen zur Aufnahme in die Europäische Union vergleichbar. Sie beruhen auf den politischen Grundsätzen, die beiden, NATO und EU, gemeinsam sind.

Wenn es um die Betrachtung der Strategien zur maritimen Sicherheit geht, kann auf diese Grundsätze nur sehr kurz eingegangen werden. Aber für einen Vergleich ist sie von Bedeutung.

Die EU wie auch NATO haben den Grundsatz, dass ihre eigene Handlungsfähigkeit durch den Beitritt neuer Mitglieder nicht beeinträchtigt wird. Dies sind bei der NATO, neben demokratischen Strukturen und der Gewaltenteilung, eben sehr entscheidend die militärischen Fähigkeiten. Für unsere Betrachtung stellt sich die Frage:



Was bringen die neuen Mitglieder in das Bündnis ein, welche Möglichkeiten eröffnen sich für die Sicherheit auf See, in den Küstengewässern, der Außenwirtschaftszone und in Häfen für das Bündnis?

Die strategische Bedeutung von Häfen und der Zugang in das Schwarze Meer durch die nun drei Anrainerstaaten Türkei, Rumänien und Bulgarien ist signifikant – gerade angesichts der Lage in der Ukraine. Gleiches gilt für die Ostsee und die NATO – Anrainerstaaten sind Dänemark, Deutschland, Polen, Litauen, Lettland und Estland.

Aus maritimer Betrachtung gilt dies ebenfalls für das Mittelmeer, das mit seiner nordafrikanischen Gegenküste von besonderer strategischer Bedeutung ist, für die EU und für die NATO.

Und die Arktis hat durch die Veränderung des Klimas eine deutlich höhere strategische Bedeutung: Sowohl EU-Mitgliedsstaaten wie auch NATO-Mitgliedsstaaten sind Anrainer der Arktis.

Für die Europäische Union stehen stärker die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Aspekte im Vordergrund. Das spiegelt sich auch in der maritimen Strategie wider. Insofern ist dies auch in der maritimen Strategie wiederzufinden.

Insgesamt besteht ein enger strategischer Zusammenhang zwischen den beiden Erweiterungsprozessen der NATO und der Europäischen Union. Dieser Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn nicht alle Staaten sowohl der EU als auch der NATO beitreten. Dies gilt umso mehr, als die NATO neben ihrer Rolle als Verteidigungsbündnis ein eminent politisches Bündnis darstellt.

Der Unterschied besteht darin, dass die NATO den sicherheitspolitischen Aspekt im Zentrum ihres Handelns sieht, während die EU den gesamtpolitischen Aspekt zur Grundlage ihrer Entscheidungen macht. Dies ist der wichtige Unterschied. Beide, EU und NATO, ergänzen sich hier und bieten der Politik für die Diplomatie viele Optionen an.

Auf die Maritimen Strategien bezogen, gewinnt der Aspekt der Marine-Diplomatie wieder an Bedeutung, weil diese gerade unter dem Gesichtspunkt der Maritimen Sicherheit einen wichtigen Beitrag leistet, um Kontakte zu möglichen Partnerationen zu knüpfen, Vertrauen auf- und auszubauen sowie Präsenz in strategisch relevanten Räumen zu zeigen.

Umgekehrt wächst der EU – nach dem Vertrag von Lissabon – die größere Verantwortung zu, sich auch intensiver um die Aufgaben der Sicherheitspolitik zu bemühen (mit der Verabschiedung der "Headline Goals" 1999 in Helsinki war ein erster Schritt getan). Aber erst die Artikel 42 bis 46 des Vertrages von Lissabon haben der Notwendigkeit einer europäischen Verteidigungsidentität eine feste Grundlage gegeben: nämlich schrittweise auch eine militärische Rolle zu realisieren. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit – in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen – zurückgreifen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.

Neben den genannten Artikeln 42 bis 46 eröffnet auch der Artikel 222, der „Solidaritätsartikel“, eine neue Dimension. Der Vergleich mit dem Artikel 5, „Gemeinsame Verteidigung“, des NATO-Vertrages ist durchaus zulässig, wenn auch noch nicht erprobt.

Die EU achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) verwirklicht sehen. Diese Verpflichtungen sind vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zwei Grundsätze sind deutlich



erkennbar: die nationale Souveränität in allen Angelegenheiten der Sicherheitspolitik und die erfolgreiche Weiterentwicklung zu mehr Gemeinsamkeit durch ein schrittweises Vorgehen. Es ist aber klar, dass die Mitgliedstaaten eine Entscheidung treffen müssen, wem sie ihre maritimen Fähigkeiten zur Verfügung stellen.

Am Beispiel der Operationen gegen die Piraterie im Indischen Ozean wird das sichtbar: Beide Operationen, „Atalanta“ der EU und „Ocean Shield“ der NATO und die Operation der USA „Combined Maritime Task Force 151“ sind auf die Fähigkeiten angewiesen, die die jeweiligen Mitgliedsstaaten aus politischen Überlegungen zur Verfügung stellen. Es hat sich bewährt, diese Maritimen Operationen nicht zusammenzuführen, sie ergänzen sich in vielerlei Hinsicht und bieten den Regierungen unterschiedliche Optionen an.

Die Mitgliedstaaten der EU verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Eine Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung, EDA, ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten. Dies alles beschreibt den Weg der Europäischen Union zu mehr Gemeinsamkeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ein mühsamer Weg, ohne Zweifel, aber auch erfolgreich.

Diese nicht auf die maritimen Strategien bezogenen Anmerkungen gelten aber ohne jede Einschränkung auch für den Aspekt der Maritimen Sicherheit. Diesen gilt es nun zu betrachten.

Zu diesem Zeitpunkt war die NATO die Organisation, die sowohl über die Kommandostruktur wie auch über die Verfahren zur Operationsführung verfügte und auch mit ihren „Ständigen Einsatzverbänden“ aus Schiffen, Booten, Unterseebooten und Flugzeugen alle Aufgaben auf See wahrgenommen hat.

Die vier ständigen Marineeinsatzverbände stellen die sichtbare Komponente der NATO dar. Die Diskussion über ihren Sinn ist beendet. Dazu hat das kriegerische Verhalten Russlands maßgeblich beigetragen. Auch nicht-NATO Länder kooperieren mit diesen Verbänden auf See.

Der Impuls der EU, sich der See zuzuwenden, erfolgte 2007 mit der Formulierung einer „Integrierten Meerespolitik“. Dieser wichtige Schritt umfasst im ersten Ansatz den maritimen Aspekt der Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. Sicherheitspolitik war zu diesem Zeitpunkt nicht miteinbezogen. Durch ein umfangreiches Netzwerk und gute Arbeit ist es vor allem den nationalen Küstenwachen und den Marinen gelungen, diesen wichtigen, aber begrenzten Ansatz durch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ergänzen.

Wichtig war dieser erste Schritt aber in jedem Fall. Für die Akzeptanz einer Integrierten Meerespolitik wäre ein anderer Weg nicht erfolgreich gewesen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist dann die Entwicklung einer Europäischen Maritimen Sicherheitsstrategie gewesen, die am 24. Juni 2014 vom Rat der Europäischen Union angenommen wurde.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben im globalen maritimen Raum ein strategisches Interesse daran, Sicherheitsherausforderungen im Zusammenhang mit der See und ihren Seegrenzen zu ermitteln und diese anzugehen. Die europäischen Bürger erwarten wirksame und kosteneffiziente Lösungen zum Schutz des maritimen Bereichs. Dies betrifft Seegrenzen, Häfen und Offshore-Anlagen sowie den gesicherten Seehandel. Potenzielle Bedrohungen durch rechtswidrige und illegale Handlungen auf See müssen angegangen werden. Der größtmögliche Nutzen muss aus dem Potenzial der Meere für Wachstum und Beschäftigung gezogen werden. Dies setzt den Schutz der Meeresumwelt voraus.



Der Strategie werden folgende Leitprinzipien zugrunde gelegt:

a) *Sektorenübergreifender Ansatz*

Alle zivilen und militärischen Maritimen Dienste – Küstenwache, Grenzkontrolle, Zoll – und Fischereiüberwachung, Umweltbehörden, Seeverkehrsverwaltung, Forschung und Innovation, Seestreitkräfte und Nachrichtendienste – müssen besser zusammenarbeiten und dabei die interne Organisation des jeweils anderen beachten.

b) *Funktionale Integrität*

Die Strategie lässt die Zuständigkeiten, Hoheitsrechte und Hoheitsbefugnisse der Mitgliedstaaten über Meereszonen gemäß dem einschlägigen Völkerrecht, einschließlich des Seerechtsübereinkommens (SRÜ), unberührt. Die Aufgabenbereiche, Verantwortlichkeiten und Interessen der Mitgliedsstaaten müssen uneingeschränkt berücksichtigt werden; dabei wird auf bestehende Strukturen zurückgegriffen, und vorhandene Fähigkeiten auf nationaler und auf europäischer Ebene werden optimal genutzt.

c) *Einhaltung von Regelungen und Grundsätzen*

Die Achtung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Demokratie sowie die vollständige Einhaltung des SRÜ, der geltenden bilateralen Verträge und der darin verankerten Werte bilden die Eckpfeiler dieser Strategie und sind die grundlegenden Prinzipien einer auf Regeln basierenden meerespolitischen "Good Governance". Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen die Beilegung von Seestreitigkeiten, insbesondere der Seegrenzen, die sich aus der Auslegung und Anwendung des SRÜ ergeben, durch die darin vorgesehenen zuständigen internationalen Gerichtshöfe und Gerichte, denen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien auf See zukommt.

d) *Maritimer Multilateralismus*

Die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen und der NATO, und die Abstimmung mit allen internationalen Akteuren im maritimen Bereich, ist unerlässlich. Dabei gilt es in Erinnerung zu rufen, dass maritime Sicherheit im globalen maritimen Raum die Achtung und die Durchsetzung des Völkerrechts und des nationalen Rechts beschreibt, damit die Freiheit der Schifffahrt gewährleistet und Bürger, Infrastruktur, Verkehr, Umwelt und Meeresressourcen geschützt werden.

Dies ist hier noch einmal zu erwähnen, weil es sowohl für die NATO als auch für die EU gilt. Zu betonen ist dabei insbesondere auch, dass die Europäische Union ein politisches Mandat besitzt und damit auch völkerrechtliche Verträge abschließen kann, die sich aus ihren Interessen ableiten lassen. Das Zusammenwirken von militärischen mit zivilen Fähigkeiten ist ein Beispiel dafür.

Im Gegensatz zur EU, die ihr Verständnis der Maritimen Sicherheitsstrategie in erster Linie aus wirtschaftlichen und politischen Motiven abgeleitet hat, ist die NATO eine militärische Organisation, die politisch geführt wird, aber kein gesamtpolitisches Mandat besitzt. Dies erklärt, warum die NATO manchmal nur als eine militärische Allianz (nach dem Washingtoner Vertrag ist sie in der Tat sowohl eine politische und militärische Allianz) wahrgenommen wird. Das Strategische Konzept der NATO aus dem Jahr 2010 legt die Prinzipien fest, die dann auch für die Maritime Strategie des Bündnisses gelten: Die Prinzipien der NATO bestehen erstens in der Verteidigung von Freiheit und Sicherheit aller ihrer Mitglieder durch politische und militärische Mittel.

Zweitens versteht sie sich als eine Wertegemeinschaft der individuellen Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Vereinten Nationen und der Sicherheitsrat werden als die maßgeblichen Institutionen für den Friedenserhalt in der Welt genannt.



Drittens wird das transatlantische Band betont, das zu einer gemeinsamen, unteilbaren Sicherheit aller NATO-Staaten führt.

Die Kernaufgaben zur Erfüllung der Prinzipien werden in drei gleichberechtigten Bereichen ausgemacht:

1. Kollektive Verteidigung und Abschreckung

Kollektive Verteidigung der NATO bleibt Kernfunktion der Allianz. Sie gründet sich auf die Bündnisgarantie aus dem Artikel 5 des Washingtoner Vertrags. In dieser Hinsicht sieht das Strategische Konzept vor, dass die NATO Abschreckungs- und Verteidigungsmaßnahmen ergreift. Diese setzen sich zusammen aus proaktiven Elementen wie Übungen, NATO Response Force, Analysefähigkeiten, Ausbildung bei Partnern, Technologieentwicklung und reaktiven Maßnahmen wie Raketenabwehr, Cyber-Abwehr und Verteidigung gegen ABC-Waffen. Die Abschreckungsfähigkeit der Allianz soll aus einem Mix von konventioneller und – solange Atomwaffen existieren – atomarer Rüstung basieren und ist stets auf dem aktuellen Stand der Technik zu halten.

Hier ist darauf hinzuweisen, dass Großbritannien und Frankreich über eine eigene nationale nukleare Abschreckung verfügen. Großbritannien hat diese in die NATO integriert. Dies hat Frankreich nicht getan.

2. Krisenmanagement und Konfliktverhütung

Die NATO hat ein breites politisches und militärisches Fähigkeitsspektrum zur Verfügung. Vor allem die interne Koordination von Informationen sowie die Kooperation mit zivilen und externen Akteuren werden hierzu dienen. Dabei betont das Strategische Konzept die Bedeutung einer intensivierten praktischen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im gesamten Krisenspektrum.

3. Kooperative Sicherheit und Maritime Diplomatie

Der dritte Bereich sieht Sicherheit als Ergebnis der internationalen Kooperation, insbesondere des Dialogs mit Partnern und Organisationen. Die NATO sieht sich als Teil eines globalen Sicherheitsnetzes und will eng verzahnt mit anderen Akteuren einen Mehrwert für die Sicherheit erbringen. Über die Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung hinaus zielt die NATO darauf ab, ihre Partnerschaftspolitik zu vertiefen und zu flexibilisieren.

4. Maritime Sicherheit als gesamtstaatliche Aufgabe

Dieses Kapitel ist neu in der Entwicklung der vorausgegangenen Strategien. Es greift den gesamtstaatlichen Ansatz auf und nähert sich damit dem sicherheitspolitischen Ansatz der EU. Die Herausforderung besteht nun darin, diesen Ansatz sinnvoll auf die operative und taktische Ebene zu übertragen und die richtige Balance zwischen dieser Aufgabe und den klassischen militärischen Aufgaben der Marinen zu finden.

Beide, NATO und Europäische Union, führen maritime Operationen durch. Für die EU ist es die Operation „Atalanta“ mit einem Mandat zur Unterstützung der Lieferungen der Welthungerhilfe nach Somalia und zur Bekämpfung der Piraterie. Hinzugekommen ist der Schutz der Gewässer gegen illegale Fischerei.

Der Auftrag wird ergänzt durch zwei Operationen an Land; dies unterscheidet sie von der Operation „Ocean Shield“ der NATO. Ich habe auf den Unterschied hingewiesen. Diese Operationen, eine zur Unterstützung des Aufbaus und der Ausbildung der Somalischen Streitkräfte mit einem maritimen Schwerpunkt (EU Training Mission Somalia) und die andere als eine Regionale Mission zum Aufbau von maritimen Fähigkeiten am Horn



von Afrika und im Indischen Ozean (EUCAP Nestor), sind Beispiele von ziviler und militärischer Zusammenarbeit, die so nur die EU leisten kann.

Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Beide Maritimen Strategien haben in ihren Zielsetzungen eine große Übereinstimmung und bieten den Mitgliedsstaaten die Option an, sich je nach souveräner politischer Entscheidung an dem einen oder dem anderen Lösungsansatz mit militärischen Fähigkeiten oder militärischen und zivilen Fähigkeiten zu beteiligen.

Die USA machen, was die Fähigkeiten angeht, den Unterschied aus, wenn es um die Fähigkeiten geht, nicht nur die militärischen. Dies ist die Stärke der NATO.

Die EU kann die militärischen Fähigkeiten durch politische Verträge ergänzen, die eine Operation von Beginn an begleitet, um politische Lösungen zu favorisieren. Dies ist die Stärke der EU.

Beide Maritimen Strategien greifen bei der Umsetzung in die operative und taktische Ebene auf dieselben Führungskommandos zurück, nutzen dieselben Verfahren und Standards.

Beide Maritimen Strategien greifen nach politischer Entscheidung auf dieselben europäischen maritimen Fähigkeiten zurück. Es gibt keine automatische Zuteilung. Die USA und Kanada machen in der NATO den Unterschied aus. Die notwendige Diskussion über einen größeren Europäischen Maritimen Beitrag ist notwendig, unabhängig von den strategischen Zielen, die die neue Maritime Sicherheitsstrategie der USA formuliert.

Die nukleare Abschreckung ist Teil der NATO-Strategie; die EU verfügt nicht darüber und strebt dies auch nicht an.

Beide, EU und NATO, sind komplementär, und sie sind der Garant der Sicherheit Europas. Ihr Zusammenwirken kann verbessert werden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Vortrag des Autors anlässlich des Besuchs der Marineakademie der Republik Korea am 1. Mai 2015 in Jinhae, Südkorea.

Über den Autor dieses Beitrags

Vice Admiral (rtd) Feldt served in the German Navy for 41 years and retired in 2006 as Chief of the German Naval Staff in Bonn and Berlin. He was engaged in sea duty assignments for 13 years, which included leadership functions on all command levels and duty assignments in different naval staffs, national and in NATO.

Since retirement, he has occupied several posts of honor. Vice Admiral Feldt was president of the German Maritime Institute until June 2012 and is now a member of its board. From 2008 until 2009, he was working for the European Commission as advisor for the “Instrument for Stability”. From July 2009 to December 2010, he served the European Defence Agency as member of the Wise Pen Team, working on topics of maritime surveillance and maritime security.

Since August 2011, Vice Admiral Feldt, in his function as a Director of the Wise Pens International, is working on studies dealing with future maritime safety, security and defence, for example “On the Future of EU Maritime Operations Requirements and planned Capabilities” together with his fellow Directors. Recently they have finalized a study about “Naval Challenges in the Arctic Region”. Since November 2013 Vice Admiral Feldt has been President of EuroDefense Deutschland e.V.



Lutz Feldt